

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



«KLIMASCHUTZ FUNKTIONIERT AM BESTEN ÜBER DEN MARKT»

**Mythen und Fakten
zum Klimawandel**

luxemburg argumente

Starkregen und Überschwemmungen, steigende Energiepreise, Streit um das Tempolimit und die Zukunft von Gasheizungen – sowohl die Folgen der Klimakrise als auch der Klimaschutzmaßnahmen sind bereits deutlich spürbar. Was lange Zeit nur eine abstrakte wissenschaftliche Debatte war, betrifft uns auf einmal selbst. Das ruft starke Gefühle hervor: Ängste bei jenen, die die Folgen fürchten, die eine globale Erwärmung auch für sie künftig haben wird. Und Wut bei jenen, die sich von der Klimapolitik eingeschränkt, bevormundet oder ungerecht belastet fühlen.

Inmitten hitziger Debatten kommen Fragen auf: Ist das denn überhaupt alles nötig? Wer sagt, dass der Klimawandel wirklich so schlimm wird? Oder ist es ohnehin schon zu spät, noch etwas zu tun? Obwohl viele dieser Fragen gut erforscht sind und sich mit großer Klarheit beantworten lassen, gehen diese Erkenntnisse im politischen Streit oft unter. Doch die Mehrheit der Menschen in Deutschland und Europa weiß, dass der Klimawandel ein drängendes Problem ist.

Umstritten hingegen bleibt die Frage, wie auf die Herausforderung des Klimawandels reagiert werden soll. Sie kann nicht mit einem Verweis auf die Wissenschaft beantwortet werden – denn das ist eine politische Frage. Umso hinderlicher ist es, dass sich die Debatte um die Veränderungen, die nötig sind, bisher auf einige wenige Ansatzpunkte beschränkt, wie neue Technologien, Appelle an das individuelle Verhalten oder die Regulierung über den Markt. Aber reicht das aus? Treffen höhere Energiepreise tatsächlich die Verursacher*innen der Krise und helfen sie, die Emissionen zu senken? Wie wirken sich steigende Preise auf die soziale Gerechtigkeit aus? Gefährdet Klimapolitik wirklich unseren Wohlstand und den Standort Deutschland?

Diese Broschüre geht einigen der Behauptungen nach, die in den Diskussionen um die Klimapolitik immer wieder genannt werden, und unterzieht sie einer Überprüfung. Sie zeigt, dass die Faktenlage über den Klimawandel viel eindeutiger ist, als die öffentliche Debatte nahelegt. Sie zeigt auch, dass die derzeitige Klimapolitik in vieler Hinsicht ebenso unzureichend wie ungerecht ist – aber auch, dass das nicht so sein muss: Es gibt eine Vielzahl an Vorschlägen, wie eine gerechte und wirksamere Klimapolitik aussehen kann.

INHALT

1	«Die Wissenschaft ist sich gar nicht einig über den Klimawandel»	2
2	«Die Chance, den Klimawandel zu stoppen, ist längst vertan»	8
3	«Ich find's gut, wenn es bei uns in Deutschland wärmer wird»	11
4	«Deutschland allein kann beim Klimawandel ohnehin nichts machen»	15
5	«Klimaschutz bringt uns Wettbewerbsnachteile, Firmen wandern einfach ab»	18
6	«Nur durch Technologieoffenheit können wir den Klimawandel stoppen»	22
7	«Jeder kann selbst etwas gegen den Klimawandel tun»	25
8	«Klimaschutz funktioniert am besten über den Markt»	28
9	«Klimaschutz macht uns alle arm»	32
10	«Die Klimabewegung will uns ihren Lebensstil aufzwingen»	35
	Epilog: Eine sozial gerechte Klimapolitik	41

«DIE WISSENSCHAFT IST SICH GAR NICHT EINIG ÜBER DEN KLIMAWANDEL»

«Wo ist Greta, wenn wir im Juli Wollpullis brauchen?»

Isabel Oakeshott, britische Journalistin, am 5. Juli 2023 auf X (vormals Twitter)

Wie wird argumentiert?

«Dieses Jahr war der Winter so kalt – wo ist denn jetzt der Klimawandel?» «Die Wissenschaftler sagen, dass die Dürren zunehmen, und jetzt regnet es die ganze Zeit.» Wer die Nachrichten verfolgt, kann leicht ins Zweifeln kommen, was den Klimawandel betrifft. In den sozialen Medien, aber auch vonseiten mancher Politiker*innen wird diese Unsicherheit gezielt genutzt, um die Ergebnisse der Klimaforschung infrage zu stellen: Dass die Erde sich erwärme und dass daran der Mensch schuld sei, so das Argument, sei auch unter Wissenschaftler*innen umstritten.

2

Was ist dran?

Tatsächlich gehört der Klimawandel zu den am besten erforschten Themen der Wissenschaft. Mit dem Weltklimarat, dem IPCC, gibt es sogar ein Gremium, das alle vier bis fünf Jahre mithilfe von Tausenden von Wissenschaftler*innen sämtliche Erkenntnisse zum Klimawandel zusammenträgt und auswertet. Diese Berichte sind die zuverlässigste Quelle für den aktuellen Stand der Forschung zum Klimawandel. Sie zeigen: In allen wesentlichen Punkten ist sich die Wissenschaft zum Klimawandel seit Jahren einig.

Denn klar messbar ist: Die Erde erwärmt sich derzeit stark. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts werden Klimadaten aufgezeichnet, seit 1971 die Oberflächentemperaturen weltweit auch von Satelliten gemessen. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, das zeigen diese Messdaten, hat sich die Erde um 1,1 Grad Celsius erwärmt.¹ Und diese Erwärmung, auch das ist sicher, wird

¹ Alle hier genannten Klimadaten stammen aus dem 6. Sachstandsbericht des IPCC, dessen Teile zwischen 2021 und 2023 veröffentlicht wurden. Alle Berichte sind online zugänglich unter: www.ipcc.ch.

durch den Menschen verursacht. In seinem jüngsten Bericht, dessen drei Teile 2021 und 2022 erschienen sind, schreibt der IPCC: «Es besteht kein Zweifel, dass der Mensch die Atmosphäre, die Ozeane und das Land erwärmt hat.»

Das Klima auf der Erde hat sich auch ohne menschliche Einwirkungen verändert und wird dies weiterhin tun. Die Temperatur auf der Erde ist das Ergebnis ihrer Energiebilanz: Mehr Energie im System Erde bedeutet eine höhere Temperatur. Die Temperatur hängt von zwei Faktoren ab: davon, wie viel Energie auf der Erde ankommt, und davon, wie viel auf der Erde bleibt.² Alle Energie, die auf der Erde ankommt, stammt von der Sonne. Diese Energiemenge schwankt, denn die Sonne strahlt unterschiedlich stark. Der leichte Anstieg der Temperatur bis Mitte des 20. Jahrhunderts lässt sich tatsächlich auch mit einer erhöhten Sonnenaktivität in Verbindung bringen. Für die letzten Jahrzehnte allerdings stimmt das nicht mehr. Denn die Temperatur auf der Erde hat zuletzt stark zugenommen – die Sonnenaktivität aber nimmt seit den 1960er-Jahren ab.³

3

Das Gleiche gilt für den zweiten Faktor, der beeinflusst, wie viel Energie auf der Erde ankommt: dass sich unser Planet nicht auf einer runden Umlaufbahn um die Sonne bewegt. Da die Erdachse zudem geneigt ist, verändert sich je nach ihrer Position die Menge der Strahlungsenergie, die sie von der Sonne erhält. Diese Zyklen, die der serbische Ingenieur und Wissenschaftler Milutin Milanković Anfang des 20. Jahrhunderts berechnete, sind dafür verantwortlich, dass sich über die letzten 500.000 Jahre längere und kürzere Eiszeiten mit dazwischenliegenden Warmzeiten abgewechselt haben. Der Höhepunkt der letzten Warmzeit lag vor 6.000 bis 8.000 Jahren. Demnach müssten wir uns derzeit in einer Phase der Abkühlung befinden, die in einigen 10.000 Jahren zu einer neuen Eiszeit führen würde – stattdessen liegen die Temperaturen heute jedoch höher als selbst in den letzten Warmzeiten üblich.

² Eine ausführlichere Erklärung der naturwissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels findet sich in Schumacher, Juliane: Ungerechtigkeit im Treibhaus. Klimawandel von links erklärt, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analysen 50, Berlin 2018. ³ Helmholtz-Klima-Initiative: Klimafakten, Oktober 2022, unter: <https://helmholtz-klima.de/klimafakten/behauptung-die-sonne-verursacht-den-klimawandel>.

Da diese beiden Faktoren als Erklärung ausscheiden, muss der Grund für die derzeitige Erwärmung nicht bei der Sonne, sondern auf der Erde selbst liegen. Hier regeln zwei Systeme die Temperatur. Der erste Regler ist die sogenannte Albedo, ein Wert, der beschreibt, welcher Anteil an Strahlung von einer Fläche zurückgestrahlt wird. Dunkles Wasser nimmt fast die gesamte Strahlungsenergie des Sonnenlichts auf und erwärmt sich, Eis und Schnee hingegen reflektieren fast alles. Nehmen Eis- und Schneeflächen auf der Erde zu, wird mehr Strahlung reflektiert und es wird immer kälter – ein selbstverstärkender Prozess, der dazu führt, dass es in der Geschichte der Erde immer wieder zu Eiszeiten und manchmal sogar zu einer fast vollständigen Vereisung der Erde gekommen ist. Umgekehrt sorgt das Abschmelzen von Eis für das Freiwerden von dunkleren Boden- oder Meeresoberflächen, die zu weiterer Erwärmung beitragen.

4

Der zweite wichtigste Regler für die Temperatur ist die Menge an Treibhausgasen in der Atmosphäre wie Wasserdampf, Kohlendioxid (CO_2), Methan (CH_4) oder Lachgas (N_2O). Diese Gase wirken wie das Glasdach eines Gewächshauses: Sie verhindern, dass alle Wärme in den Weltraum entweicht – zum Glück für uns, denn ohne diese Wirkung wäre es auf der Erde minus 18 Grad Celsius kalt. Wie stark dieser Treibhauseffekt ist, hängt von der Konzentration der Gase ab: Je mehr davon in der Atmosphäre vorhanden ist, desto wärmer wird die Erde. Den größten Effekt auf die Temperatur hat dabei langfristig Kohlendioxid. Schon Mitte des 19. Jahrhunderts stellte dies die Physikerin Eunice Foote fest. Aufbauend auf ihren Arbeiten berechnete der schwedische Nobelpreisträger Svante Arrhenius, dass bei einer Verdoppelung des CO_2 -Gehalts in der Atmosphäre die mittlere Temperatur auf der Erde um fünf Grad steigen müsste.

Diese Erkenntnis lässt sich heute durch präzise Messungen belegen. Vor Beginn der Industrialisierung lag der CO_2 -Gehalt in der Atmosphäre bei etwa 280 ppm (*parts per million*, Teile pro Million); er stieg über die letzten Jahrzehnte stetig an und lag im Januar 2024 bei 422 ppm.⁴ Die chemische Zusammensetzung

⁴ Die jeweils tagesaktuellen Werte finden sich unter: <https://keelingcurve.ucsd.edu>.

in der Luft zeigt, dass ein Großteil des zusätzlichen Kohlendioxids aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe resultiert. Das lässt sich leicht erklären: Denn bei Kohle, Öl und Gas handelt es sich um extrem konzentrierte und chemisch veränderte Ablagerungen von Pflanzen und Meeresorganismen – die Überreste riesiger Sumpfwälder, die vor Millionen von Jahren auf der Erde wuchsen, von Algen und anderen Meeresorganismen, die sich in Urzeitmeeren abgelagert haben. Was die Pflanzen und Tiere damals an Kohlenstoff in ihrem Gewebe gespeichert haben, verbrennen wir heute bei der Nutzung fossiler Brennstoffe in wenigen Jahren – viel zu viel, als dass die heute wachsenden Pflanzen all dieses Kohlendioxid aufnehmen könnten. Das Ergebnis: CO₂ reichert sich in der Atmosphäre an – und die Erde erwärmt sich.

Aber wenn das alles so klar ist: Warum hört man dennoch immer wieder Stimmen, die den Klimawandel oder die Ergebnisse der Forschung hierzu infrage stellen?

5

Mehrere Faktoren spielen dabei eine Rolle. Zunächst einmal ist Klima an sich nicht direkt wahrnehmbar. Klima ist laut Definition ein Mittelwert – es beschreibt die mittleren Temperaturen und Niederschlagsverhältnisse an einem Ort über einen Zeitraum von 30 Jahren. Veränderungen im Klima lassen sich nur durch Messungen über einen ausreichend langen Zeitraum feststellen. Eine Erhöhung der globalen Temperatur bedeutet nicht zwangsläufig, dass es überall auf der Erde wärmer wird. Und auch in einem insgesamt wärmeren Klima kann es kalte Tage, Monate oder Jahre geben. Denn das Wetter, das wir jeden Tag erleben, ist – anders als das Klima – sehr wechselhaft.

Ein zweiter Grund ist die Funktionsweise der Medien. Diese leben, insbesondere in Zeiten des Internets, von Kontroversen. Wo Streit herrscht, Meinungen aufeinanderprallen, etwas besonders dramatisch ist, werden Beiträge häufiger geklickt, und das bringt höhere Werbeeinnahmen. Statt den Grundkonsens zu betonen, tendieren Medien daher dazu, Außenseitermeinungen oder spektakuläre neue Erkenntnisse zu betonen. Und Algorithmen in sozialen Netzwerken, auf Handys und Nachrichtenseiten tun das Ihre dazu, eine einmal eingenommene Position zu verstärken.

climate
change



Hinzu kommt, dass es mächtige Interessen gibt, die Erkenntnisse zum Klimawandel und seinen Ursachen in Zweifel zu ziehen. In den USA laufen seit Jahren Klagen gegen Konzerne in dieser Sache, insbesondere gegen den Ölkonzern Exxon. Der wusste bereits in den 1970er-Jahren aus eigener Forschung, dass die fortgesetzte Nutzung von Öl die Erde stark aufheizen würde. Statt diese Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, startete der Konzern eine millionenschwere Kampagne, die zum Ziel hatte, die Ergebnisse der Klimaforschung infrage zu stellen, die Bevölkerung zu verunsichern und Klimaschutzmaßnahmen zu verhindern.

Die gute Nachricht ist, dass diese Taktik langfristig nicht aufgegangen ist. Stimmen, die die Ergebnisse der Klimaforschung bestreiten, spielen in Deutschland inzwischen kaum noch eine Rolle. Auch wenn die Debatten in den sozialen Medien einen anderen Anschein erwecken: 2022 gingen weniger als zehn Prozent der Menschen in Deutschland davon aus, dass es keinen Klimawandel gibt oder dieser nicht von Menschen verursacht ist. Und selbst in den USA, die in dieser Frage viel stärker gespalten sind, liegt der Anteil derer, die nicht von der Erderwärmung überzeugt sind, nur noch bei 15 Prozent.⁵

7

⁵ Leiserowitz, Anthony u. a.: Climate Change in the American Mind: Beliefs & Attitudes, Fall 2023, Yale University and George Mason University, New Haven 2023, unter: <https://climatecommunication.yale.edu/publications/climate-change-in-the-american-mind-beliefs-attitudes-fall-2023>.

«DIE CHANCE, DEN KLIMAWANDEL ZU STOPPEN, IST LÄNGST VERTAN»

«Wenn wir noch eine Dekade verlieren, dann ist der Zug wahrscheinlich abgefahren.»

Hans Joachim Schellnhuber, Klimaforscher, Juni 2020⁶

Wie wird argumentiert?

Dass es fünf für zwölf ist, sagen Klimaforscher*innen und Aktivist*innen seit Jahren. Und sie haben immer wieder enge Zeiträume oder Temperaturspannen genannt: In den nächsten zehn Jahre müsse der Wandel passieren und die Klimaerwärmung unter 1,5 Grad bleiben – sonst würden kritische Punkte überschritten und die Erderwärmung würde sich kaum noch stoppen lassen. Der Schwellenwert von 1,5 Grad Erwärmung, auf den sich auch Politiker*innen bei der Klimakonferenz in Paris 2015 geeinigt hatten, war allerdings laut Daten des EU-Klimawandeldienstes im Jahr 2023 bereits erreicht. Ist damit nicht ohnehin alles zu spät, sodass wir uns eine teure Klimapolitik sparen können?

8

Was ist dran?

Voraussagen sind immer eine unsichere Sache. Es besteht weitgehend Konsens darüber, dass sich die Erde erwärmt – und dass diese Erwärmung menschengemacht ist. Weniger eindeutig lässt sich allerdings die Frage beantworten, wie sich der Klimawandel auswirken wird. Klimadaten reichen nur etwa 150 Jahre zurück – erdgeschichtlich eine sehr kurze Zeit. Grobe Informationen über derart rasche Temperaturänderungen, wie wir sie jetzt erleben, lassen sich nur zum Teil aus Eisbohrkernen und Gesteinen ablesen.

Darüber hinaus handelt es sich bei vielen Systemen, die für das künftige Klima entscheidend sind, um chaotische Systeme. Das bedeutet, dass auch bei vergleichbaren Ausgangsbedingungen eine Entwicklung nicht exakt vorhergesagt werden kann. Viel-

⁶ Peters, Klaus: Klimaforscher Schellnhuber: «Wir haben nur noch zehn Jahre Zeit», 5.6.2020, unter: www.heise.de/news/Klimaforscher-Schellnhuber-Wir-haben-nur-noch-zehn-Jahre-Zeit-4775286.html.

mehr gibt es immer eine große Bandbreite an möglichen Entwicklungen, die unterschiedlich wahrscheinlich sind – etwa im Hinblick auf die Frage, wie sich bei höheren Temperaturen Niederschläge oder Meeresströme verändern.

Wissenschaftler*innen versuchen, diese Systeme mit Computermodellen nachzustellen. Diese lassen sie dann Tausende Male mit verschiedenen Werten laufen, um festzustellen, wie wahrscheinlich bestimmte Entwicklungen sind. Mit einer zusätzlichen Unsicherheit sind jene Szenarien behaftet, die Vorhersagen dazu treffen, wie sich die Emissionen über die nächsten Jahrzehnte und Jahrhunderte entwickeln werden. Denn das hängt vor allem von menschlichem Verhalten und politischen Entscheidungen ab – und diese lassen sich kaum mathematisch berechnen.

Was stimmt: Abwenden lässt sich der Klimawandel nicht mehr. Er ist längst da. Weltweit hat sich die globale Durchschnittstemperatur gegenüber der Zeit vor der industriellen Revolution um 1,1 Grad Celsius erhöht, in Deutschland gar um 1,7 Grad. Die Folgen, wie zum Beispiel der Verlust an Grundwasser und vermehrte Dürren, das Sterben von Wäldern und die Zunahme der sehr heißen Tage, sind bereits deutlich spürbar.⁷ Und diese werden in Zukunft noch stärker werden, selbst wenn die Klimapolitik Erfolg hat. Denn das Kohlendioxid, das sich in der Luft angereichert hat, wird nur sehr langsam wieder abgebaut. Selbst wenn also von heute auf morgen keine neuen Treibhausgase mehr ausgestoßen würden, bliebe der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre noch über Tausende von Jahren erhöht.

Am stärksten wirkt sich das auf die Meere und den Meeresspiegel aus. Denn über 90 Prozent der zusätzlichen Wärmeenergie wird in den Ozeanen gespeichert. Sie erwärmt das Wasser langsam, zuerst die Oberfläche, dann immer tiefere Schichten. Das verändert nicht nur Meeresströme und die Lebensräume von Meerestieren und -pflanzen. Warmes Wasser dehnt sich aus, und je mehr Wasser erwärmt wird, desto stärker steigt der Mee-

⁷ Umweltbundesamt (Hrsg.): Monitoringbericht 2023 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe, Dessau-Roßlau 2023, unter: www.umweltbundesamt.de/publikationen/monitoringbericht-2023.

resspiegel. Ein Großteil des steigenden Meeresspiegels geht auf diesen Effekt zurück. Und da sich Erwärmung und Ausdehnung sehr langsam vollziehen, wird dieser Prozess sich noch über Tausende von Jahren fortsetzen. Der Meeresspiegelanstieg ist also etwas, mit dem wir und unsere Nachfahr*innen noch sehr lange leben müssen.

Bedeutet das, dass es alles ohnehin schon zu spät ist? Sollten wir uns dann nicht lieber darauf konzentrieren, uns an die Folgen des Klimawandels anzupassen, anstatt so viel Energie und so viele Ressourcen in Versuche zu stecken, die Emissionen zu verringern?

Nein, das sollten wir nicht. Denn auch wenn der Klimawandel sich nicht stoppen oder rückgängig machen lässt – wie dramatisch er wird, darüber entscheiden die nächsten Jahre und Jahrzehnte. Sich ein Bild der Folgen zu machen, dabei helfen Modelle: Denn auch wenn sie keine exakten Antworten geben können, wie sich die globale Erwärmung auswirkt, so können sie doch zeigen, welche Spannbreite möglicher Auswirkungen besteht. Und da bestätigt sich, dass es einen gewaltigen Unterschied macht, ob die Emissionen weiterhin stetig zunehmen – wie es über die letzten Jahrzehnte der Fall war – oder ob es gelingt, sie zu stabilisieren und langfristig herunterzufahren. Denn während es, zumindest in Deutschland, durchaus möglich ist, sich an die Folgen einer vergleichsweise geringen Erwärmung von ein oder zwei Grad Celsius anzupassen, hätte eine Erwärmung um fünf oder sechs Grad extreme Folgen für alle Regionen der Erde.

«ICH FIND'S GUT, WENN ES BEI UNS IN DEUTSCHLAND WÄRMER WIRD»

«IPCC und deutsche Regierung unterschlagen die positive Wirkung des CO₂ auf das Pflanzenwachstum und damit auf die Welternährung. Je mehr es davon in der Atmosphäre gibt, umso kräftiger fällt das Pflanzenwachstum aus.»

AfD-Grundsatzprogramm 2016⁸

Wie wird argumentiert?

Klimaexpert*innen würden, so der Vorwurf, vor allem die negativen Seiten der globalen Erwärmung betonen – und unterschlagen, dass diese auch positive Auswirkungen haben kann. So könne mehr CO₂ in der Luft als Dünger dienen und für ein stärkeres Pflanzenwachstum und höhere landwirtschaftliche Erträge sorgen.

11

Was ist dran?

Tatsächlich lässt sich nicht sagen, dass ein wärmeres Klima per se schlechter ist. Die Erde hat in ihrer Geschichte sehr verschiedene Temperaturen erlebt. Sie war manchmal viel kälter, die meiste Zeit aber war sie wärmer – etwa in Teilen des Erdmittelalters, das wir als Zeit der Dinosaurier kennen. Der CO₂-Gehalt der Luft war damals um ein Vielfaches höher, die Pole eisfrei, und die Landmassen von üppigem Pflanzenwachstum gekennzeichnet. Und auch die derzeit zu beobachtende Erwärmung der Erde dürfte nicht nur negative Folgen haben. Während manche Regionen dann unter verstärkten Dürren leiden würden, könnten andere teilweise profitieren: In Gebieten der höheren Breitengrade wie Kanada, Skandinavien oder Russland könnte künftig auf weit größeren Flächen Getreideanbau möglich sein, bisher eisbedeckte Flächen könnten genutzt werden. Auch wenn – wie bei allen Prognosen – Unsicherheiten bleiben, sagen die meisten Klimamodelle mehr Regen im Gebiet der heutigen Sahara voraus, insbesondere an ihrem südlichen

⁸ Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland, April/Mai 2016, S. 79, unter: www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf.

Rand, der zu einem Wiederergrünen der Wüste führen könnte, wie zuletzt vor mehr als 5.000 Jahren.

Der Klimawandel stellt die Menschen also nicht deshalb vor Probleme, weil ein wärmeres Klima an sich lebensfeindlicher ist. Sondern weil die Menschheit, wie sie derzeit organisiert ist, sich nur schwer an einen derart schnellen Wandel anpassen kann. Abrupte Temperaturveränderungen gab es in der Geschichte der Erde bereits früher – etwa bei großen Vulkanausbrüchen oder als vor rund 56 Millionen Jahren durch vulkanische Aktivitäten unter dem Meer riesige Mengen von Treibhausgasen frei wurden und in die Atmosphäre gelangten. Solche Ereignisse lösten das Aussterben oder Abwandern von Arten und die Verschiebung von Lebensräumen aus.

12 An sich hat der Mensch gezeigt, dass er durchaus mit Klimaveränderungen umgehen kann: Die letzten Hunderttausende von Jahren waren durch Wechsel zwischen Kalt- und Warmzeiten geprägt, und die bereits auf der Erde lebenden Menschen wanderten dabei, wie archäologische Forschungen zeigen, mit dem sich verändernden Klima in verschiedene Gebiete ein und aus.⁹ Allerdings leben wir heute nicht mehr in kleinen Gruppen und ziehen als Nomad*innen umher. Vor etwa 12.000 Jahre wurden die Menschen sesshaft und begannen mit der Landwirtschaft, die heute die Grundlage der Ernährung für fast alle Menschen darstellt. Landwirtschaft, Viehhaltung, weitreichende Handelsnetze und große Siedlungen entwickelten sich in einer Zeit, in der das Klima der Erde ungewöhnlich stabil war, und sind an diese Bedingungen angepasst. Sie angesichts sich rasch verändernder Temperaturen und Niederschlagsmuster umzustellen ist nur mit hohen Kosten, zum Teil auch gar nicht möglich.

Das gilt auch für Deutschland: Dass sich die Temperatur hierzulande inzwischen um 1,7 Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit erhöht hat, hat bereits Auswirkungen, etwa auf die Gesundheit. Höhere Durchschnittstemperaturen bedeuten ein höheres Risiko, dass es im Sommer zu langanhaltenden Hitzeperioden kommt, die vor allem für ältere Menschen, Kranke und

⁹ Max-Planck-Gesellschaft: Eisige Zeiten. Kälte hat das Leben des Menschen in Europa jahrtausendlang geprägt, 2.1.2024, unter: www.mpg.de/21318862/eisige-zeiten.

kleine Kinder eine Gefahr darstellen. Anders als in Ländern, wo es schon immer heiÙe Sommer gibt, werden Wohnhäuser und öffentliche Gebäude bei uns bislang nicht so gebaut, dass sie Aufheizung verhindern, und auch Altenheime und Krankenhäuser sind nicht auf solche Hitzewellen eingestellt.

Vor extremen Anpassungsschwierigkeiten stünde insbesondere auch die Land- und Forstwirtschaft: Sie beruht zu einem groÙen Teil auf dem Wissen, das über Jahrhunderte erworben wurde – Wissen darüber, wann bestimmte Sorten ausgebracht oder geerntet werden müssen, welche Wetterereignisse zu erwarten sind, wie die Jahreszeiten üblicherweise verlaufen. Mit einer raschen Klimaveränderung gilt vieles davon nur noch eingeschränkt. Ernteausfalle durch Hitze, Drre, Überschwemmungen oder das Aufkommen neuer Schädlinge werden wahrscheinlicher. Ein Mehr an CO₂ kann sich zwar positiv auf das Pflanzenwachstum auswirken – aber nicht, wenn dies durch Wassermangel, Stürme oder Starkregen behindert wird.

Besonders heftig wird der Klimawandel die Küstenregionen treffen: Denn diese bedroht der starke Anstieg des Meeresspiegels. Der letzte IPCC-Bericht geht von einem Meeresspiegelanstieg von bis zu einem Meter bis Ende des Jahrhunderts aus, jüngere Studien schätzen diesen mit bis zu 1,4 Meter noch höher ein. Sollte ein Teil des Antarktischen Eisschildes instabil werden und zu schmelzen beginnen, könnten es viele Meter mehr werden. Während moderaten Steigerungen noch mit Deicherhhungen und Anpassungen begegnen werden kann, wäre dies bei einem derart starken Anstieg kaum noch möglich. Die Folgen dieser Prozesse werden auÙerhalb von Deutschland noch viel massiver zu spüren sein. Denn viele Regionen der Welt werden weitaus heftiger von der globalen Erwärmung getroffen – und haben viel weniger Kapazitäten, sich anzupassen.



«DEUTSCHLAND ALLEIN KANN BEIM KLIMAWANDEL OHNEHIN NICHTS MACHEN»

«Zunächst einmal muss uns klar sein, dass Deutschland nur für zwei Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich ist. Deutschland kann also das Weltklima nicht alleine retten.»

Gabriel Felbermayr, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, August 2019¹⁰

Wie wird argumentiert?

Im Jahr 2022 hat Deutschland 660 Millionen Tonnen CO₂ durch die Verbrennung von fossilen Brennstoffen und Industrieprozesse freigesetzt.¹¹ Das sind weniger als zwei Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes. Das klingt wenig, verglichen etwa mit den 11,4 Milliarden Tonnen, die China im selben Jahr ausgestoßen hat, oder den 5,1 Milliarden Tonnen der USA. Wenn Deutschland mit hohen Kosten seine Industrie umbaut und sein Energiesystem auf erneuerbare Energie umstellt, um Emissionen einzusparen, so das Argument, würde das im Hinblick auf den Klimawandel kaum einen Unterschied machen.

15

Was ist dran?

Klimapolitik in Deutschland macht einen Unterschied – und zwar einen großen. Zum einen darf man die Rolle Deutschlands als viertreichstes Land der Welt nicht unterschätzen. Denn die Emissionen, die für den Klimawandel relevant sind, gehen auf relativ wenige Staaten zurück. Der große Rest der Welt stößt praktisch kaum relevante Emissionen aus. Deutschland steht bei den CO₂-Emissionen, nach Ländern gerechnet, an achter Stelle. Zahlreiche weltweit agierende Konzerne haben hier ihren Sitz, Deutschland exportiert weltweit (und importiert ebenso aus der ganzen Welt). Standards, die in Deutschland gesetzt werden, haben also weit über die Landesgrenzen hinaus eine

¹⁰ Wirtschaftsexperte mahnt: Deutschland kann das Klima nicht alleine retten, 3.8.2019, unter: www.focus.de/politik/deutschland/wirtschaftsexperte-mahnt-deutschland-kann-das-klima-nicht-alleine-retten_id_10992738.html. ¹¹ Ritchie, Hanna/Rosado, Pablo/Roser, Max: CO₂ and Greenhouse Gas Emissions. Our World in Data, 2023, unter: <https://ourworldindata.org/co2-and-greenhouse-gas-emissions>.

Wirkung, und was hierzulande passiert, wird auch anderswo beobachtet. Der deutsche Kohleausstieg etwa wird weltweit sehr genau verfolgt, und zahlreiche Länder, die ebenfalls Kohle abbauen oder abgebaut haben, orientieren sich an den Erfahrungen oder fragen gezielt nach Beratung. Wenn ein Industrieland wie Deutschland sich von fossilen Brennstoffen abwendet und die Wirtschaft klimaneutral umbaut, hat das eine enorme Vorbildfunktion, die kaum zu überschätzen ist.

Zugleich agiert Deutschland nicht allein. Die deutsche Klimapolitik ist eingebettet in die europäische (und in der EU hat Deutschland als reichster und bevölkerungsreichster Staat das größte Gewicht). Die EU ist nach China die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt, und da sie für viele Länder, etwa in Afrika, der wichtigste Handelspartner ist, orientieren diese sich stark an dem, was in der EU beschlossen wird – und müssen es aufgrund von verschiedenen Vorschriften auch. Bis 2026 wird in der EU der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) eingeführt. Diese Abgabe wird auf alle energieintensiven Waren erhoben, die aus Ländern in die EU eingeführt werden, die nicht mit dem EU-Emissionshandel verbunden sind oder eine weniger ambitionierte Klimapolitik verfolgen.

16

Es stimmt, dass der Klimawandel als globales Problem nur wirklich angegangen werden kann, wenn weltweit alle Staaten mitmachen. Auch für diese globale Ebene ist es jedoch entscheidend, dass wohlhabende Länder wie Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen und den Umbau im eigenen Land voranbringen. Das gebietet einerseits die Verantwortung. Denn die Zahlen zum Emissionsausstoß der Länder sagen wenig über den durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauch aus. Der lag in Deutschland 2022 bei acht Tonnen CO₂ pro Kopf und damit fast doppelt so hoch wie der weltweite Durchschnitt – wenn auch mit starken Unterschieden zwischen den ärmeren und reicheren Teilen der Bevölkerung (siehe Mythos 7). In Afrika liegt er im Durchschnitt bei einer Tonne pro Kopf, viele arme Länder liegen noch weit darunter, etwa Afghanistan mit 0,3 oder Äthiopien mit 0,2 Tonnen CO₂ pro Kopf. Noch deutlicher wird das Ungleichgewicht, wenn man sich die historischen Werte anschaut. Industriestaaten wie die USA, Großbritannien oder

Frankreich haben früh angefangen, Öl und Kohle zu nutzen, sind durch die Nutzung dieser Energieträger reich und mächtig geworden und verdanken ihnen zu einem großen Teil ihren heutigen hohen Lebensstandard. Schaut man zurück auf die letzten 150 Jahre, so gehen 24 Prozent aller seither ausgestoßenen CO₂-Emissionen auf die USA zurück und 17 Prozent auf die EU. Das internationale Umweltrecht besagt, dass Verursacher von Schäden für diese auch bezahlen müssen. Es sind also vor allem die reichen Industrieländer, die zuallererst dafür verantwortlich sind, den Klimawandel und seine Folgen zu bekämpfen.

Mit gutem Beispiel voranzugehen ist andererseits aber auch rein praktisch geboten, wenn es zu einer globalen Einigung kommen soll. Viele Länder des globalen Südens haben immer wieder argumentiert, dass sie sich nicht in der Verantwortung sehen, wenn es um die Bekämpfung des Klimawandels geht, da sie diesen nicht mitverursacht haben – dass sie aber bereit seien, mitzuziehen und auch selbst Maßnahmen gegen höhere Emissionen zu ergreifen, wenn die reichen Staaten dies selbst tun.

Um alle Länder im Boot zu haben, ist es also entscheidend, dass Länder wie Deutschland den Umbau zuerst bei sich selbst angehen. Um dabei zu überzeugen, müssen sie nicht nur zeigen, dass dieser Umbau möglich ist – sondern auch, dass er gerecht gestaltet werden kann und am Ende nicht diejenigen, die am wenigsten haben und am geringsten zum Problem beitragen, den größten Teil der Kosten tragen. Neben dem entschlossenen Handeln selbst hängt eine erfolgreiche Klimapolitik also vor allem auch davon ab, wie der Umbau gestaltet wird.

«KLIMASCHUTZ BRINGT UNS WETTBEWERBSNACHTEILE, FIRMEN WANDERN EINFACH AB»

«Deutschland droht die Deindustrialisierung, zahllosen Bürgern die Verarmung und dem Mittelstand eine beispiellose Insolvenzwellen.»¹²

Alice Weidel, AfD-Fraktionsvorsitzende, am 7. Dezember 2022 im Bundestag

Wie wird argumentiert?

Ab Ende der 1980er-Jahre wurden Zölle in mehreren Runden immer weiter abgeschafft – nicht nur in der Europäischen Union, die zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum wurde, sondern weltweit. Gleichzeitig sanken die Transportkosten. Heute ziehen sich die Lieferketten für Produkte über den halben Erdball, und Firmen produzieren an Standorten, die über die ganze Welt verteilt sind. Wenn Deutschland oder die EU strengere Regeln für den Klimaschutz erlassen oder den Ausstoß von CO₂ teurer machen, so das Argument, dann wandern Firmen einfach dorthin ab, wo sie ohne solche Einschränkungen produzieren können. Deutschland, so warnen Politiker*innen vor allem von AfD und CDU/CSU, aber auch «Wirtschaftsexperten», drohten Deindustrialisierung und wirtschaftlicher Niedergang.

Was ist dran?

Das Gegenteil ist der Fall. Ob BMW, Audi, Schaeffler oder Siemens – zahlreiche große Unternehmen kündigten 2023 tatsächlich an, ihre nächsten Werke in den USA zu bauen.¹³ Einer der letzten in Deutschland verbliebenen Produzenten von Solarmodulen, das Schweizer Unternehmen Meyer Burger, hat angekündigt, sein Werk im sächsischen Freiberg zu schließen und die Produktion in die USA zu verlagern. Nach einer Umfrage, die die Deutsche Industrie- und Handelskammer im März 2023

¹² Weidel, Alice: Grüne Ideologienpolitik der Ampel ruiniert Deutschland in Rekordzeit, 7.12.2022, unter: <https://alice-weidel.de/2022/12/07/alice-weidel-gruene-ideologienpolitik-der-ampel-ruiniert-deutschland-in-rekordzeit>. ¹³ Tagesschau: Deutsche Konzerne zieht es in die USA, 3.3.2023, unter: www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/us-subventionen-deutsche-konzerne-investitionen-101.html.

vorstellte, plante jedes zehnte Unternehmen solche Produktionsverlagerungen in die Vereinigten Staaten. Aber: Der Grund für diesen Wegzug sind nicht weniger Regulierungen und staatliche Eingriffe, sondern mehr: Im August 2022 haben die USA den Inflation Reduction Act (IRA) beschlossen. Der heißt zwar offiziell «Gesetz zur Reduzierung der Inflation», ist aber nichts anderes als ein gigantisches Subventionspaket, um grüne Technologien zu fördern. Von den insgesamt rund 900 Milliarden US-Dollar gehen über 780 Milliarden in den Bereich Energie und Klima. Firmen, die etwa Solarzellen oder Elektroautos in den USA herstellen, erhalten großzügige Förderungen. Mit dem Gesetzespaket reagieren die USA auf die staatlichen Förderungen, mit denen China seine Wirtschaft führend in diesem Bereich gemacht hat. Denn Peking fördert die Entwicklung und Produktion von Halbleitern, Solartechnologie, Batterien und Wasserstoff massiv. Rund drei Viertel aller Solarmodule stammen derzeit aus China, bei manchen Bauteilen für Solartechnologie sind es fast 100 Prozent.

19

Das zeigt zum einen: Dass die industrielle Entwicklung eines Landes daran hängt, wie «frei» Unternehmen dort agieren können, ist ein Mythos. Große technologische Umbrüche haben sich in der Neuzeit immer dann durchgesetzt, wenn der Staat sie massiv gefördert hat: durch Unterstützung der Entwicklung und vor allem durch den Aufbau entsprechender Infrastruktur. Auch das Auto wäre nie zum vorherrschenden Verkehrsmittel geworden, wenn nicht die USA und die europäischen Staaten ein flächendeckendes Netz von Straßen und Tankstellen aufgebaut hätten.

Zum anderen zeigt es: Grüne Technologien sind der Markt der Zukunft. Fossile Technologien auf Basis von Kohle, Öl und Gas werden sicher noch eine ganze Weile eine Rolle spielen – aber ihre Bedeutung nimmt stetig ab, wie auch die jüngsten Daten der Internationalen Energieagentur (IEA) zeigen. Der Energiebedarf weltweit ist 2022 zwar weiter leicht gestiegen. Aber über 90 Prozent dieses Anstiegs wurde durch erneuerbare Energien gedeckt, die in den letzten Jahren immer günstiger geworden und überall auf der Welt auf dem Vormarsch sind. Dass die UN-Klimakonferenz 2023 zum ersten Mal eine langfristige «Abkehr» von fossilen Brennstoffen in ihrem Abschlussdokument er-

wähnt, ist ein deutliches Zeichen: Auch wenn in diesem Bereich zurzeit noch Rekordgewinne erzielt werden – die Zukunft liegt anderswo.

Die USA und China befinden sich momentan in einem Wettstreit, wer es schafft, sich auf dem neuen Feld der grünen Industrien bestmöglich aufzustellen, um auch künftig zu den führenden Industrienationen zu gehören. Die EU schafft es bisher nur bedingt, in diesem Wettbewerb mitzuhalten. Sie hat auf die neuen Gesetze in den USA reagiert und ihren Green Deal von 2019 noch einmal auf eine Billion Euro aufgestockt. Aber die Umsetzung wird teilweise von den widerstreitenden Interessen der Mitglieder blockiert. Dass im größten und wirtschaftsstärksten Land der EU die Transformation schleppend verläuft und immer wieder mit Rückschlägen zu kämpfen hat, schafft zusätzlich Unsicherheit.

20

Dabei wäre es gerade für Deutschland entscheidend, diese veränderten Bedingungen anzuerkennen und eine Diskussion darüber anzustoßen, wie langfristig mit ihnen umgegangen werden soll. Denn das energieintensive, exportorientierte Wirtschaftsmodell, auf das man die letzten Jahrzehnte gesetzt hat, ist an sein Ende gelangt. Dass die Wirtschaft 2023 in Deutschland, anders als in den USA und anderen europäischen Ländern, nicht gewachsen ist, ist daher kein Zufall. Auf Technologien und Energieträger von vor 100 Jahren zu setzen, wie manche fordern, wird nicht helfen, aus dieser Krise herauszufinden. Es führt im Gegenteil dazu, dass Deutschland technologisch immer weiter zurückbleibt und die Vorteile, die es tatsächlich hat – etwa sehr gut ausgebildete Arbeiter*innen, eine (noch) funktionierende Infrastruktur, großes technologisches Wissen – nicht zu seinem Vorteil nutzen kann.

Die derzeitigen Wettbewerbsnachteile Deutschlands sind keine Folge der Klima-, sondern vor allem der falschen Sparpolitik: Seit den 1990er-Jahren wird vonseiten des Staates kaum mehr investiert, was dazu geführt hat, dass Unternehmen mit einer maroden und veralteten Infrastruktur zu kämpfen haben – eine Politik, die nicht nur sozial höchst ungerecht ist, sondern auch der Wirtschaft nachhaltig schadet. Die meisten großen Volkswirtschaften der Welt – neben China und den USA unter an-



deren auch Kanada, Großbritannien und Indien – sind in den letzten Jahren von einer solchen Politik des Kaputtsparens weggekommen und investieren massiv, um ihre Staaten fit für die Zukunft zu machen. Deutschland hat sich durch die Schuldenbremse – die in ähnlicher Form auch für die EU festgeschrieben ist – selbst die Hände gebunden. Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom November 2023, das verbietet, ungenutzte Corona-Gelder für Klimafördermaßnahmen auszugeben, wurden die wenigen Ansätze, die es bisher gab, zumindest in einzelnen Bereichen einen Umbau zu fördern, zunichtegemacht – ausgerechnet in einer Situation, in der es dringend geboten wäre, eine neue Vision zu entwickeln, wie unsere Wirtschaft und Gesellschaft künftig aufgestellt sein sollen.

6

22

«NUR DURCH TECHNOLOGIEOFFENHEIT KÖNNEN WIR DEN KLIMAWANDEL STOPPEN»

«Technologieoffenheit ist für uns ein zentraler Wert, das gilt gerade auch beim Klimaschutz. Je mehr technische Optionen wir haben, desto sicherer kommen wir ans Ziel.»

FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai am 9. Juni 2022 auf X (vormals Twitter)

Wie wird argumentiert?

Die Regierung will, um die Emissionen zu senken, bestimmte Technologien fördern und andere verbieten oder einschränken – etwa Autos mit Verbrennungsmotor oder die Stromerzeugung durch Kohle und Gas. Das kritisieren Politiker*innen anderer Parteien: Um Innovationen zu ermöglichen, solle so wenig wie möglich verboten oder eingegriffen werden. Denn, so ein gängiges Argument: Technologien haben das Problem geschaffen, Technologien werden uns auch helfen, es zu lösen.

Was ist dran?

Beim Klimaschutz auf neue Technologien zu setzen ist grundsätzlich nicht falsch. Tatsächlich hat in den letzten zwei Jahrzehnten in vielen Ländern bereits ein gewaltiger Umbau begonnen: Verbrennungsmotoren werden durch Elektroantriebe ersetzt, und Strom stammt zu einem immer größeren Teil aus erneuerbaren Quellen wie Wind- oder Solarkraftanlagen, die, anders als Kohle, Öl oder Gas, kaum zum Klimawandel beitragen. Ohne bestimmte klimaschädliche Technologien durch andere, umweltfreundlichere zu ersetzen wird es nicht gelingen, den Klimawandel einzudämmen.

Häufig wird jedoch genau dann auf Technologien – oder «Technologieoffenheit» – verwiesen, wenn es darum geht, Klimaschutzmaßnahmen abzulehnen: Wir müssen jetzt nichts tun, wird dann fälschlicherweise behauptet, denn in einigen Jahren oder Jahrzehnten werde es Technologien geben, die das Problem des Klimawandels «ganz von selbst» lösen.

23

Das ist in mehrfacher Hinsicht falsch. Denn erstens gibt es bereits die Technologien, die wir benötigen, um den Klimawandel anzugehen. Die technischen Möglichkeiten, Strom zu erzeugen, mobil zu sein oder zu heizen, ohne dabei große Mengen an CO₂ auszustoßen, existieren für fast alle wirtschaftlichen Sektoren schon heute. Die Frage lautet deshalb eher: Wie gelingt es, diese Technologien in dem Umfang einzusetzen und allen zugänglich zu machen, dass auf fossile Brennstoffe verzichtet werden kann? Ein solcher Umbau passiert nicht von allein, er ist anstrengend und kann kostspielig sein. Nötig ist er dennoch, und zwar so bald wie möglich. Die Anstrengung eines solchen Umbaus können uns künftige Technologien nicht abnehmen.

Zweitens macht es auch deshalb keinen Sinn, auf technologische Innovationen in der Zukunft zu setzen, weil ebendieses Abwarten hohe Kosten verursacht. Zum einen, weil es wirtschaftliche Schäden verursacht: Firmen haben keine Planungssicherheit und kämpfen mit veralteten Technologien, Energieträgern und Infrastrukturen. Zum anderen, weil schnellstmöglich die Emissionen reduziert werden müssen, um zu verhindern, dass durch zu hohe Temperaturen langfristige große Schäden entstehen. Jetzt mit den Mitteln zu handeln,

die bereits verfügbar sind, ist auf jeden Fall günstiger, als nichts zu tun und auf künftige Technologien zu warten, von denen niemand weiß, ob es sie jemals geben wird.

Darüber hinaus lenkt die Diskussionen über technische Lösungen von der Tatsache ab, dass Technologie allein die Klimakrise nicht bewältigen kann – nicht einmal die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien. Diese ist nötig, denn Energie werden wir auch in Zukunft brauchen. Aber erneuerbare Energien erzeugen ebenfalls Kosten: Sie verbrauchen Flächen, die der Landwirtschaft oder dem Naturschutz verloren gehen, ihre Herstellung und Wartung kostet Energie, für die Speicherung sind Batterien oder andere Speicher nötig. Für all das braucht es zahlreiche Rohstoffe, die vor allem in den Ländern des globalen Südens vorkommen und dort oft unter umweltschädlichen und menschenunwürdigen Bedingungen abgebaut werden.

24

Bei unserem derzeitigen Energieverbrauch wäre eine komplette Umstellung auf erneuerbare Energien nicht möglich. Nicht nur, weil die derzeit bekannten Rohstoffe und die dafür benötigten Flächen Berechnungen zufolge nicht ausreichen würden. Sondern auch, weil der Klimawandel eben nicht das einzige globale Problem ist. Auch das massenhafte Aussterben von Arten, der hohe Rohstoffverbrauch und die Verschmutzung von Land und Meeren mit Düngemitteln, giftigen Chemikalien oder Plastik – um nur einige der drängendsten Herausforderungen zu nennen – müssen dringend angegangen werden. Es gilt, Lösungen zu finden, die helfen, den Klimawandel einzudämmen, ohne die anderen Probleme zu verschärfen. Das ist nur möglich, wenn die Umstellung auf erneuerbare Energie auch mit gesellschaftlichen Veränderungen einhergeht: mit einer Senkung des Energie- und Rohstoffverbrauchs und der Flächennutzung einerseits – und mit einer gerechteren Verteilung der bestehenden Ressourcen andererseits.

«JEDER KANN SELBST ETWAS GEGEN DEN KLIMAWANDEL TUN»

«Du findest, Klimaschutz ist kompliziert und eher das Metier von Politikern und Energiekonzernen? Das muss nicht sein! Mit unseren 10 Tipps für den Alltag kannst du ganz einfach nebenbei ein echter Klimaschützer sein.»

WWF-Blog, März 2017¹⁴

Wie wird argumentiert?

Ob vonseiten des Umweltbundesamts, von Umweltorganisationen oder Krankenkassen – überall finden sich Online-Tools, mit denen sich berechnen lässt, wie groß der eigene Beitrag zum Klimawandel oder der «ökologische Fußabdruck» insgesamt ist. Das passt zu einem gängigen Argument, das auch Umweltverbände und Unternehmen immer wieder betonen: Jede*r könne selbst etwas gegen den Klimawandel tun! Wenn Verbraucher*innen mit dem Zug fahren statt zu fliegen, auf Elektroautos umsteigen, mehr und mehr ökologische Produkte kaufen, dann würden sich, so die Erzählung, die Unternehmen darauf einstellen und unsere Wirtschaft würde langfristig ökologischer werden.

25

Was ist dran?

Natürlich spricht nichts dagegen, dass Menschen individuell etwas gegen den Klimawandel tun, auf Flüge verzichten und klimafreundliche Produkte kaufen. Im Kleinen etwas beitragen zu können, kann helfen, mit Ohnmachtsgefühlen umzugehen. Studien zeigen zudem, dass Menschen, die die Forderungen, die sie erheben, auch im eigenen Leben umsetzen, in ihren Argumenten ernster genommen werden und eine wichtige Vorbildfunktion haben können.

Dennoch: Veränderungen des privaten Konsums sind kein ausreichendes Mittel gegen die Klimakrise. Denn tatsächlich sind die Wahlmöglichkeiten der meisten Menschen sehr viel

¹⁴ WWF: 10 Tipps, um im Alltag das Klima zu retten, 23.3.2017, unter: <https://blog.wwf.de/10-klimatipps>.

geringer, als dieser Ansatz nahelegt. Ein Großteil der Emissionen stammt aus der Industrie – einem Bereich, den wir als Konsument*innen gar nicht beeinflussen können. So wundert es nicht, dass es der Ölkonzern BP war, der Mitte der 2000er-Jahre die Idee eines individuellen CO₂-Rechners bekannt machte, mit dessen Hilfe Menschen ausrechnen können, wie viel sie zum Klimawandel beitragen – denn dieser Fokus auf das individuelle Verhalten verschleiert die Verantwortung der großen Unternehmen.¹⁵ Tatsächlich haben viele Menschen, selbst wenn sie es wollten, gar nicht die Möglichkeit, ihren CO₂-Ausstoß signifikant zu reduzieren. Produkte, die als ökologisch oder klimafreundlich beworben werden, sind oft deutlich teurer – und damit keine Option für all jene, bei denen das Geld knapp ist. Wo der öffentliche Nahverkehr fehlt oder schlecht ausgebaut ist, ist ein Umstieg vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel nicht machbar, und wer zur Miete wohnt, kann nicht mal eben die Heizung austauschen. Hinzu kommt, dass vielen Menschen schlicht die Zeit fehlt, um sich bei Kaufentscheidungen ausführlich über die Klimabilanz einzelner Produkte und entsprechender Alternativen zu informieren.

Aber selbst in jenen Fällen, wo dies geschieht, ist der Nutzen gering, weil der individuelle CO₂-Fußabdruck weniger vom persönlichen Klimabewusstsein als vielmehr vom Einkommen abhängig ist, wie Studien zeigen: Das unterste Einkommensdrittel in Deutschland hat die Klimaziele bereits heute erreicht. Hoch sind die Emissionen vor allem bei den Gutverdienenden – also bei jenen, die sich häufig selbst für besonders umwelt- und klimabewusst halten –, weil sie auf mehr Fläche wohnen, mehr unterwegs sind, sich mehr leisten können, mehr besitzen und investieren – also mehr konsumieren.¹⁶

Vor allem aber haben die Konsumententscheidungen Einzelner kaum Einfluss auf die Organisation jener Bereiche der Wirtschaft, die tatsächlich relevant sind für den CO₂-Ausstoß: etwa Transport und industrielle Produktion, aber auch öffentliche In-

15 ARDalpha: Wie der CO₂-Fußabdruck die Klima-Realität verschleiert, 27.10.2021, unter: www.ardalpha.de/wissen/umwelt/nachhaltigkeit/co2-fussabdruck-carbon-footprint-shell-exxon-bp-taeschung-klima-100.html. **16** Umweltbundesamt: Wer mehr verdient, lebt meist umweltschädlicher, 4.8.2016, unter: www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/wer-mehr-verdient-lebt-meist-umweltschaedlicher.

frastruktur, wie etwa der CO₂-Rechner des Umweltbundesamt zeigt. Denn jeder Mensch in Deutschland hat, auch ohne etwas zu kaufen, zu essen oder Auto zu fahren, bereits einen «Grundausstoß» von 1,15 Tonnen CO₂ pro Jahr – und damit mehr als ein Mensch im Durchschnitt in Afrika – einfach dadurch, dass er Straßen, Gehwege, die öffentliche Verwaltung, Gebäude, Schulen, Krankenhäuser und vieles andere nutzt.¹⁷

Was bedeutet das? Wenn die Wirtschaft tatsächlich so umgestaltet werden soll, dass sie auf Dauer funktionieren kann, ohne ökologischen Schaden anzurichten, muss bei der Produktion angesetzt werden statt beim Konsum. Gleichzeitig muss es um gesellschaftliche Veränderungen gehen und nicht um individuelle Ansätze. Dazu sollten wir uns klar werden, dass wir eben nicht vorrangig Konsument*innen sind, deren einzige Wahlmöglichkeit jene zwischen verschiedenen Produkten ist, sondern Bürger*innen, die das Recht haben, über die Organisation der Gesellschaft, auch die wirtschaftliche, mitzuentcheiden. Für eine erfolgreich Klimapolitik sind das Wissen, die Erfahrung und das Engagement jedes und jeder Einzelnen wichtig – nicht beim Kauf bestimmter Produkte, sondern bei der Umsetzung und Gestaltung von Klimaschutz und Klimaanpassung, insbesondere vor Ort.

27

«KLIMASCHUTZ FUNKTIONIERT AM BESTEN ÜBER DEN MARKT»

«Der Klimawandel ist der größte Fall von Marktversagen, den die Welt je gesehen hat.»

Nicholas Stern, Wirtschaftswissenschaftler und Autor des «Stern-Reports», zu den ökonomischen Folgen des Klimawandels 2006¹⁸

Wie wird argumentiert?

Es ist das Lieblingsargument vieler Wirtschaftswissenschaftler*innen: «Wenn die Preise die Klimawirkung spiegelten, dann würde der Markt das von selbst regeln!» Denn im derzeitigen Preis für Kohle, Öl und Gas sind viele Kosten, die diese Energieträger erzeugen, nicht eingerechnet, vor allem nicht jene Schäden, die sie durch den Klimawandel verursachen. Würden diese Kosten vollständig berücksichtigt werden, so das Argument, wären fossile Energieträger nicht mehr rentabel, sodass sich alternative Energiequellen durchsetzen würden.

28

Was ist dran?

Die Klimakrise, das ist schon heute deutlich, verursacht enorme wirtschaftliche Schäden. Den «tatsächlichen» Preis für die Nutzung von Öl oder Gas zu berechnen ist praktisch dennoch schwierig. Die Schäden des Klimawandels entstehen ja zum großen Teil erst in der Zukunft, und Kosten, die in 100 oder 200 Jahren entstehen, lassen sich heute kaum berechnen. Zudem stellt sich die Frage: Lässt sich der Verlust von Menschenleben, von Arten und Ökosystemen oder ganzen Staatsgebieten wirklich in Geld umrechnen?

Eine «vollständige» Berechnung der Kosten, die der Klimawandel verursachen könnte, wurde zwar immer wieder unternommen. Praktisch aber spielen CO₂-Preise derzeit primär eine andere Rolle: nicht, um die Kosten der möglichen Klimaschäden abzudecken, sondern als wichtigstes Instrument der Klimapoli-

¹⁸ Stern, Nicholas: The Economics of Climate Change: The Stern Review. 30.10.2006, unter: https://web.archive.nationalarchives.gov.uk/ukgwa/20100407172811/https://www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_report.htm.

tik. Das kann nicht verwundern. Seit Ende der 1980er-Jahre dominiert in den Wirtschaftswissenschaften, ebenso wie in weiten Teilen der Wirtschaftspolitik, ein Denken, das von neoliberalen Ansätzen geprägt ist. Das Ziel einer solchen Wirtschaftspolitik ist es, möglichst viel Wettbewerb zu schaffen und, wo immer möglich, den Markt entscheiden zu lassen. Dies werde, so die Befürworter*innen eines solchen Ansatzes, letztlich zur effizientesten Verteilung von Ressourcen und der höchsten Produktivität führen.

Die neoliberale Idee, dass der Markt alles «am besten» lösen könne, prägt bis heute die Klimapolitik, die internationale ebenso wie die deutsche. Von der FDP über die Union und die SPD bis zu den Grünen: Fast alle Parteien sind sich darin einig, dass Klimaschutzpolitik vor allem über Märkte und Preismechanismen funktionieren soll.

Seit 2005 existiert ein EU-weites Emissionshandelssystem, bei dem Unternehmen aus bestimmten Branchen für ihre Emissionen Zertifikate benötigen und untereinander an der Börse handeln können: Ein Unternehmen, das seine Emissionen nicht senken will, muss dann Zertifikate von anderen kaufen. Die Gesamtmenge der Zertifikate wird dabei mit der Zeit verringert, um diese zu verteuern. Ähnliche Systeme gibt es in Teilen der USA und in China. Seit 2021 kommt ein nationales Emissionshandelssystem in Deutschland hinzu, das Bereiche umfasst, die nicht in das europäische System integriert sind. Es soll nach einer Einführungsphase wahrscheinlich ab 2027 in ein neues europäisches System überführt werden. Bis dahin werden die Preise für eine Tonne CO₂ (und einige andere Gase, die in CO₂ umgerechnet werden) festgelegt. Dieser Preis ist zum 1. Januar 2024 stark angehoben worden und beträgt zurzeit 55 Euro pro Tonne, in den nächsten Jahren soll er weiter steigen. Über diese Handelssysteme entstehen den Unternehmen Kosten, wenn sie Energie aus Kohle, Öl oder Gas nutzen oder verkaufen bzw. Produkte herstellen, bei denen Emissionen entstehen – Kosten, die sie an die Verbraucher*innen weitergeben. Heizen, Autofahren, aber auch Verbrauchsgüter und Lebensmittel werden teurer.

Die Emissionshandelssysteme in ihrer derzeitigen Form sind teuer und ineffizient. Sowohl der europäische als auch der deutsche Markt sind extrem kompliziert, benötigen einen riesigen Apparat für die Zertifizierungen und Kontrollen und sind vielen Unternehmen und Betroffenen kaum verständlich. Aber selbst eine schlichte CO₂-Steuer würde das Problem nicht lösen: dass Klimaschutz, den man dem Markt überlässt, ebenso ungerecht wie ineffizient ist.

Warum ungerecht? Bei der Verteuerung von CO₂ über Handelssysteme oder eine festgelegte Abgabe handelt es sich um eine Form der Verbrauchsteuer – und diese treffen ärmere Haushalte immer stärker als reichere, obwohl Reiche mehr verbrauchen. Denn arme Haushalte geben normalerweise ihr gesamtes monatliches Einkommen aus. Wer 1.000 Euro hat und diese jeden Monat komplett für Miete, Lebensmittel und sonstigen Bedarf ausgibt, ist von einer neuen Steuer auf diese Verbrauchsgüter zu 100 Prozent betroffen. Wer 5.000 Euro verdient und 3.000 Euro ausgibt, wird diese Kosten nicht nur leichter abfedern können, sondern ist auch anteilig viel weniger stark betroffen. Eine CO₂-Steuer belastet also jene am stärksten, die arm sind, und führt so dazu, dass die Ungleichheit weiter zunimmt. Sie verfehlt dadurch auch die Lenkungswirkung, die sie haben soll. Denn ihr Verhalten ändern müssten mit Blick auf den Verbrauch vor allem die wohlhabenden Teile der Gesellschaft: Sie sind es, die mit ihrem Verbrauch – mit großen Wohnungen, hoher Mobilität, Geldanlagen und Vermögen – übermäßig zum Klimawandel beitragen. Bei einem einheitlichen Preis pro Tonne CO₂ trifft es diese Gruppe in den meisten Fällen aber gar nicht stark genug, um eine Wirkung zu entfalten und sie zu Emissionsenkungen zu veranlassen. Stattdessen treffen die höheren Preise jene, bei denen das gar nicht nötig ist, und die, als Mieter*innen, mit geringem finanziellem Spielraum und ohne Vermögen, ohnehin kaum Möglichkeiten haben, der Steuer «auszuweichen». Nicht ohne Grund werden CO₂-Steuern oder -abgaben in Vorschlägen für einen Green New Deal bzw. ein großes linkes Klimaschutzprojekt – wie etwa von Bernie Sanders im US-Wahlkampf 2019 oder im Konzept eines Green New Deal for Europe – in Gänze abgelehnt. Das Problem ist auch vielen Menschen bewusst: Fast 40 Prozent sprechen sich gegen Preiserhöhungen als klimapolitisches Instrument aus. Damit

ist ausgerechnet das Instrument, das von der Politik derzeit als wichtigste klimapolitische Maßnahme angewandt wird, jenes mit der geringsten Zustimmung.¹⁹

Tatsächlich zeigen Studien, dass Märkte in der Praxis nur selten so funktionieren, wie es die Theorie annimmt, und oft sogar gegenteilige Effekte hervorbringen können. Menschen sind eben keine reinen «Nutzenmaximierer», wie diese Modelle behaupten, die immer vergleichen und am Ende das Günstigste kaufen – menschliche Entscheidungen, nicht nur im Bereich des Konsums, werden von viel mehr Faktoren beeinflusst als lediglich vom Preis. Schwierig ist, dass nach 40 Jahren neoliberalen Denken der naive Glaube, dass sich alles über Märkte und Preise regeln lasse, so verbreitet ist, dass selbst Akteuren wie Umweltverbänden oder Klimawissenschaftler*innen oftmals nichts anderes einfällt, als einen höheren CO₂-Preis zu fordern. Dabei gibt es zahlreiche weitere – und oftmals viel besser geeignete – politische Instrumente, die zur Emissionssenkung eingesetzt werden können (siehe die Zusammenfassung am Ende dieser Broschüre).

¹⁹ Vgl. Lübke, Christiane: Einstellungen zu Klimaschutzmaßnahmen und persönliche Handlungsbereitschaft, Bundeszentrale für politische Bildung, 10.3.2021, unter: www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/datenreport-2021/umwelt-energie-und-mobilitaet/330377/einstellungen-zu-klimaschutzmassnahmen-und-persoенliche-handlungsbereitschaft.

«KLIMASCHUTZ MACHT UNS ALLE ARM»

«Diese Klimapolitik macht uns arm.»

Gunnar Schupelius, Journalist, B.Z., 2. März 2023

Wie wird argumentiert?

Ist Klimaschutz nur ein Thema für Wohlhabende? Etwas, das man sich erst leisten können muss? Oder das gar dazu führt, dass die, die ohnehin wenig haben, noch ärmer werden? Konservative und rechte Parteien warnen immer wieder davor, dass die Klimapolitik der deutschen Regierung den Wohlstand vernichte. Vertreter*innen der extremen Rechten wie der AfD sehen gar eine Verschwörung am Werk, die dazu diene, im Namen des Klimaschutzes das Geld armer Bürger*innen der US-amerikanischen Finanzindustrie zukommen zu lassen.

32 Was ist dran?

Dass gerade die Superreichen und die Mächtigen der Finanzbranche den grünen Wandel vorantreiben, klingt so absurd wie es ist: Denn bisher ist diese Gruppe vor allem durch ihre Versuche aufgefallen, bessere Klimapolitik zu verhindern. Was allerdings stimmt: Die Kosten für den Klimaschutz treffen derzeit auch in Deutschland und Europa insbesondere die Ärmere – also die, die eigentlich am wenigsten zur globalen Erwärmung beitragen. Seit Jahren setzen Regierungen auf das Mittel der Preiserhöhungen, um Wirtschaft und Verbraucher*innen zu einem klimafreundlicheren Verhalten zu bewegen. Preiserhöhungen – etwa für Kohle, Öl und Gas oder für Produkte, für deren Herstellung diese Energieträger benötigt werden – treffen aber jene am stärksten, die am wenigsten finanziellen Spielraum haben, und machen sie tatsächlich ärmer.

Dass das Ärger hervorruft, ist verständlich. Denn die Teuerungen kommen zur ohnehin hohen Inflation der letzten Jahre hinzu. Und anders als in der Theorie der Wirtschaftsmodelle vorausgesetzt wird, können die Menschen im wirklichen Leben diesen Preissteigerungen nur sehr bedingt ausweichen: Wer – wie mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland – zur Miete wohnt, kann keine neue Heizung einbauen oder das Haus

isolieren, um die Heizkosten zu senken. Und die Traktoren, die in der Landwirtschaft für schwere Arbeiten eingesetzt werden, fahren bislang nur mit Diesel, sodass Bäuerinnen und Bauern nicht auf andere Treibstoffe umsteigen können, selbst wenn sie es wollten.

Entlastungen stehen hingegen vor allem für Besserverdienende bereit – zum Beispiel über Steuererleichterungen, wie die Erhöhung der Pendlerpauschale, die in erster Linie jenen etwas bringen, die als Gutverdienende hohe Steuern zahlen, nichts aber all jenen, die so wenig verdienen, dass sie keine Einkommensteuer zahlen, oder die erwerbslos sind. Und Förderprogramme für energieeffiziente Neubauten, den Einbau neuer Heizungen oder Solarkraftanlagen nützen auch nur jenen, die über das Geld für eine eigene Immobilie und über genügend Kapital für solche Umbaumaßnahmen verfügen.

Kurz: Die aktuelle Klimapolitik ist eine Form der Umverteilung von unten nach oben. Sie verschärft die ohnehin zunehmende soziale Ungleichheit weiter. Dass mit dem Klimageld das einzige Instrument, das von der derzeitigen Regierung zumindest im Ansatz etwas sozialen Ausgleich schaffen sollte, gekippt wurde, während die Preiserhöhungen wie geplant fortgesetzt werden, spricht Bände.

33

Das ist allerdings kein Argument gegen Klimapolitik, wie manche behaupten – sondern gegen die Klimapolitik in ihrer gegenwärtigen Form.

Dabei sind Maßnahmen zum Klimaschutz wie zur Anpassung an den Klimawandel gerade für den weniger wohlhabenden Teil der Bevölkerung enorm wichtig. Denn was auf der globalen Ebene unter Klimagerechtigkeit diskutiert wird, trifft im Kleinen auch in Deutschland und Europa zu: Diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen, leiden am meisten unter seinen Folgen. Während sich der reiche Teil der Bevölkerung in heißen Sommern in seine gut isolierten, mit Aircondition ausgestatteten Häuser am kühlen Stadtrand – oder gleich in sein Ferienhaus auf dem Land – zurückziehen kann, treffen Hitzewellen die dicht bebauten Teile der Städte und die weniger wohlhabende Bevölkerung, die dort lebt, mit voller Wucht.

Auch gegen Starkregen, Überflutungen oder Stürme können sich diejenigen mit weniger Einkommen und Vermögen viel schlechter absichern und schützen. Auch wirtschaftliche Krisen treffen sie ungleich härter. Zu verhindern, dass die Erde sich so weit erwärmt, dass solche Ereignisse sich häufen und globale Krisen auslösen, ist also vor allem für sie wichtig – ebenso wie weitreichende Anpassungsmaßnahmen, die gerade die verletzlichsten Teile der Bevölkerung, wie Kinder, schwangere, alte oder kranke Menschen, vor den absehbaren Folgen des Klimawandels schützen.

Dazu ist jedoch eine ganz andere Klimapolitik geboten. Denn Klimapolitik muss keineswegs ungerecht sein. Im Gegenteil: Klimaauflagen müssen vor allem die Reicheren treffen, um wirksam zu sein, denn diese sind es, die maßgeblich zum Problem beitragen. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung war im Jahr 2019 für 16 Prozent der Emissionen verantwortlich, so viel wie die unteren zwei Drittel der Weltbevölkerung, rund fünf Milliarden Menschen, zusammen. Die reichsten zehn Prozent sind für rund die Hälfte der Emissionen weltweit verantwortlich.

34

Das gilt auch in Industrieländern wie Deutschland: Hier sind die Emissionen pro Kopf seit 1991 nämlich stark gesunken, um mehr als 30 Prozent. Diese Reduzierung geht aber vor allem darauf zurück, dass die Emissionen der ärmeren Hälfte der Bevölkerung stark abgenommen haben, um rund ein Drittel.²⁰ Ein zentraler Grund dafür ist aber, dass diese Gruppe in den letzten Jahrzehnten an Wohlstand verloren hat und zunehmend prekär lebt. In den meisten europäischen Ländern und den USA liegt der Pro-Kopf-Ausstoß der ärmeren Hälfte der Bevölkerung heute schon bei den Werten, die für 2030 angestrebt werden und die nötig sind, um die Ziele zu erreichen, die die Staaten im Pariser Abkommen 2015 zugesagt haben.

Es ergibt also keinen Sinn, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Bevölkerungsgruppen durch zusätzliche Belastungen weiter einzuschränken. Klimapolitik muss sich stattdessen primär an die reicheren Teile der Bevölkerung richten, deren Emissionen

nicht abnehmen, sondern, insbesondere bei den sehr wohlhabenden, immer weiter steigen. Und die Regierungen müssen dafür sorgen, dass ihre Klimapolitik die Ungleichheit nicht weiter verschärft, sondern verringert. Die Klimakrise und die zunehmende Ungleichheit hängen zusammen, sie müssen zusammen bekämpft werden.

10

«DIE KLIMABEWEGUNG WILL UNS IHREN LEBENSSTIL AUFWZINGEN»

«Diese Umerziehungswünsche, die es von einigen gibt, die lehnen wir halt ab. Jeder soll selber entscheiden, was er isst und was er will.»

Markus Söder (CSU), Ministerpräsident von Bayern, Mai 2023²¹

Wie wird argumentiert?

Medien und Politiker*innen befeuern mit Vorliebe das Bild eines gespaltenen Landes: Auf der einen Seite stehe die wohl situierte urbane Elite, die ihren ökologischen Lebensstil zelebriere. Und auf der anderen Seite die breite Masse der Bevölkerung, die hart arbeiten müsse, Tag für Tag mit dem Auto zur Arbeit fahre, gern einmal ein Steak esse – und von den Ökovorschriften der Regierung zunehmend genervt sei. Denn die Regierung habe nicht nur keine Ahnung davon, was die Menschen wirklich beschäftige, sondern wolle ihnen auch noch vorschreiben, wie sie zu leben hätten.

Was ist dran?

Die Behauptung, dass die deutsche Gesellschaft in eine grüne Ökofraktion und eine breite Masse, die das Thema Klimawandel und Umwelt nicht interessiere, gespalten sei, ist ebenso gefährlich wie falsch.

Gefährlich deshalb, weil die Erzählung von der Spaltung vor allem von rechten und extrem rechten Parteien politisch genutzt wird – und damit solche Spaltungen überhaupt erst zu schaffen

35

²¹ Markus Söder bei Markus Lanz, ZDF, 2.5.2023, unter: www.zdf.de/nachrichten/politik/lanz-soeder-gruene-kritik-kanzlerkandidatur-100.html.



droht. Und gefährlich auch deshalb, weil die Hetze gegen die angeblich «arrogante» grüne Politik der Besserverdienenden zu Drohungen, Angriffen und gewalttätigen Übergriffen führt, gegen Klimaaktivist*innen, Kommunalpolitiker*innen und Regierungsmitglieder. Dass Klimaschutz zu einem derart emotionalen Thema hochgekocht wird, erschwert es, sachlich über das zu diskutieren, was Klimaschutz in Wirklichkeit ist: eine Herausforderung für die Gesellschaft als Ganze, für die gemeinsam eine Lösung gefunden werden muss.

Keine Frage: Wenn Klimaschutz ernst genommen wird, wenn die Wirtschaft so umgestaltet werden soll, dass sie weniger Schaden anrichtet, dann bedeutet das Veränderung. Und es wird Menschen geben, die etwas verlieren, es wird Dinge oder Verhaltensweisen geben, die dann nicht mehr ohne Weiteres möglich sind. Und es wird, wie bei allen Veränderungen, Einzelne geben, die sich dem widersetzen und die vielleicht nicht überzeugt werden können.

Dass es eine Mehrheit in der Bevölkerung gebe, die sich gegen Klimaschutzmaßnahmen wehre und die erst überzeugt oder «erzogen» werden müsse, stimmt aber schlichtweg nicht. Im Gegenteil: Tatsächlich hält eine große Mehrheit der Menschen den Klimawandel für ein dringliches Problem und Maßnahmen dagegen für sehr wichtig.²² Das zeigt zum Beispiel die jüngste Studie des Umweltbundesamts, das die Einstellungen zu Umwelt und Klima untersucht hat:²³ Die Zahl derer, die behaupten, den Klimawandel gebe es nicht oder er sei nicht vom Menschen verursacht, liegt unter zehn Prozent. Weit über 80 Prozent der Menschen geben an, die Folgen des Klimawandels bereits selbst zu spüren, und viele machen sich Sorgen darüber, wie er sich künftig auf ihr Leben und ihre Gesundheit auswirken wird. Auch für Klimaschutzmaßnahmen gibt es eine überwältigende Zustimmung: 91 Prozent der Menschen befürworten einen klimagerechten Umbau der Wirtschaft. Und mehr als die Hälfte

²² Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern für die gesamte EU, vgl. Europäische Kommission: Öffentliche Akzeptanz der Klimapolitik, 2023, unter: https://climate.ec.europa.eu/citizens/citizen-support-climate-action_de. ²³ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz/Umweltbundesamt: Umweltbewusstsein in Deutschland 2022, Berlin/Dessau 2023, unter: www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/3521/publikationen/umweltbewusstsein_2022_bf-2023_09_04.pdf.

der Menschen gibt an, bereit zu sein, sich dafür selbst weiterzubilden oder umschulen zu lassen. Die Studie zeigt aber auch: Eine große Mehrheit der Menschen befürchtet, dass dieser Umbau hin zu einer klimafreundlicheren Wirtschaft nicht gerecht verlaufen und die Unterschiede zwischen Arm und Reich vergrößern wird. Vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen machen sich Sorgen, dass er für sie einen sozialen Abstieg bedeutet.²⁴

Wo Menschen sich gegen Klimaschutz wehren, geschieht dies also häufig nicht, weil sie Klimaschutz aus ideologischen Gründen ablehnen, auch wenn dies rechte Parteien gern behaupten. Es zeigt sich vielmehr, dass die Menschen ein sehr realistisches Bild von der gegenwärtigen Klimapolitik haben. Denn in ihrer derzeitigen Form ist sie sozial ungerecht und führt dazu, dass sich die Ungleichheit verstärkt.

38

Hier hilft es nicht, für mehr Aufklärung zu sorgen oder zu betonen, wie bedrohlich der Klimawandel ist. Denn dass es notwendig ist, im Bereich Klima zu handeln, darüber herrscht in Deutschland weitgehend Einigkeit – nicht nur unter gebildeten oder wohlhabenden Menschen, sondern quer durch alle sozialen Schichten, wie eine aktuelle, groß angelegte Studie der Soziologen Thomas Lux, Steffen Mau und Linus Westheuser zeigt.²⁵ Die Wissenschaftler kommen aber auch zu dem Ergebnis: Die Zustimmung zu klimapolitischen Maßnahmen hängt davon ab, ob die Menschen sie als fair empfinden und das Gefühl haben, dass die Kosten gerecht verteilt werden.

Dazu ist es nötig anzuerkennen, dass es bei Klimapolitik um Verteilungsfragen geht – und nicht um Lebensstile. Als einen «Klassenkampf im Werden» bezeichnen Lux, Mau und Westheuser die Klimafrage in ihrem Buch. Um zu verstehen, was das bedeutet, hilft ein realistischer Blick darauf, wer tatsächlich wie viel zum Klimawandel beiträgt. Denn die persönliche Einstellung zum Klimawandel und das Wissen darüber haben so gut wie keinen Einfluss darauf. Auch wenn immer wieder beschworen wird, dass es auf einen klimafreundlichen Lebensstil ankommt,

24 Ebd. 25 Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus: Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2023.

zeichnen die Daten seit Jahren ein anderes Bild: Die Höhe der Emissionen hängt, wie in Mythos 7 beschrieben, vom Einkommen ab.²⁶

Klimapolitik sollte sich also wegbewegen von Debatten um das individuelle Verhalten, den persönlichen Lebensstil und das klimapolitische Bewusstsein. Stattdessen muss es darum gehen, die Rahmenbedingungen für eine Klimapolitik zu schaffen, die als gerecht empfunden wird und die Menschen mitnimmt. Das Gefühl, mitgestalten und sich einbringen zu können – etwa wie in den Kommunen Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen umgesetzt werden –, ist dabei von großer Bedeutung. Denn für wirksame Klimapolitik braucht es das Wissen und die Erfahrung all jener, die den Umbau praktisch umsetzen werden: Arbeiter*innen, Ingenieur*innen, Handwerker*innen, Menschen aus der Verwaltung, aus verschiedenen Berufen, jene, die sich im Klimawandel verändern oder direkt von seinen Folgen betroffen sind und bereits Wege erproben, mit diesen Veränderungen umzugehen. Eine ebenso wichtige Voraussetzung ist die Überzeugung, dass Klimapolitik nicht ungerecht sein muss, sondern im besten Fall dazu beitragen kann, Ungleichheit zu verringern und mehr soziale Gerechtigkeit und Sicherheit zu schaffen.

26 Dass es einen direkten Zusammenhang zwischen Einkommen und Emissionen gibt, zeigen Untersuchungen sowohl global als auch für Deutschland, vgl. Chancel, Lucas: Global carbon inequality over 1990–2019, in: Nature Sustainability 11/2022, S. 931–938; Oxfam: Klima der Ungleichheit, Berlin 2023, unter: www.oxfam.de/system/files/documents/20231120-oxfam-klima-ungleichheit.pdf.

KLIMAGERECHTIGKEIT



EPILOG: EINE SOZIAL GERECHTE KLIMAPOLITIK

Die gegenwärtige Klimapolitik ist nicht nur wenig wirksam, sondern auch höchst ungerecht. Eine gerechte Klimapolitik darf die finanzielle und soziale Ungleichheit nicht verschärfen, sondern sollte im Gegenteil dazu beitragen, sie zu verringern.

Dafür gibt es eine ganze Reihe von Vorschlägen und Möglichkeiten, von denen hier nur einige vorgestellt werden. So können Steuern durchaus so eingesetzt werden, dass sie die Ungleichheit nicht erhöhen, sondern dazu beitragen, Vermögensunterschiede abzubauen. Die starke Zunahme der Ungleichheit über die letzten drei Jahrzehnte ist auch der Tatsache geschuldet, dass im Zuge der Steuerreformen der 1990er-Jahre Abgaben auf Vermögen und Kapitalerträge gesenkt oder ganz abgeschafft worden sind, während umgekehrt die Mehrwertsteuer sowie Verbrauchsteuern erhöht wurden.

Die Wiedereinführung einer *Vermögensteuer*, die seit 1997 ausgesetzt ist, hätte bereits einen deutlichen Effekt auf die Klimapolitik: Sie könnte nicht nur Mittel für die Transformation und Klimaanpassungsmaßnahmen bereitstellen, ohne dass der ärmere Teil der Bevölkerung belastet werden muss, sondern würde auch das weitere Anwachsen extremen Reichtums und der damit einhergehenden extrem hohen Emissionen verhindern. Denn Milliardär*innen stoßen oft mehr als das Tausendfache dessen aus, was ärmere Teile der Bevölkerung ausstoßen, auch in Deutschland.²⁷

41

Um die Hauptverursacher der Klimakrise zu erreichen, bieten sich daneben *Steuern auf CO₂* an, die *erst ab einer gewissen Grenze* anfallen oder höher werden, je mehr CO₂ genutzt wird. Die Wirtschaftswissenschaftler und Ungleichheitsforscher Thomas Piketty und Lucas Chancel haben verschiedene Optionen solcher progressiven Steuern vorgeschlagen, um benötigte Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen weltweit finanzieren zu können, etwa eine Klimaabgabe, die nur bei der Gruppe mit den weltweit höchsten Emissionen fällig werden würde.

²⁷ Vgl. etwa Oxfam: Klima der Ungleichheit, Berlin 2023, unter: www.oxfam.de/system/files/documents/20231120-oxfam-klima-ungleichheit.pdf.

Je nach Ausgestaltung würde sie ein bis zehn Prozent der Weltbevölkerung betreffen.²⁸

Auch verschiedene Formen *progressiver CO₂-Steuern* sind denkbar: etwa, dass jeder Mensch oder Haushalt einen Grundbedarf an CO₂-intensiven Energiequellen oder Produkten steuerfrei nutzen kann und dass auf alles, was darüber liegt, eine Steuer anfällt, die stark ansteigt, je höher der Verbrauch ist. Die Menge des steuerfreien Grundbedarfs könnte dem weltweiten Durchschnitt entsprechen, sie könnte sich aber auch daran orientieren, was angesichts der Klimaziele möglich oder nötig ist, um grundlegende Bedürfnisse zu befriedigen. Ähnliche Modelle schlagen Organisationen wie Stay Grounded oder Am Boden Bleiben in Bezug auf das Fliegen vor: Statt sehr hohe Preise für klimaschädliche Flüge zu fordern, die Ärmere das Fliegen unmöglich machen, könnte eine Flugabgabe bei Vielfliegern erhoben werden, die mit jedem weiteren Flug pro Jahr steigt und zum Ausbau des Nahverkehrs oder umweltfreundlicher Transportmittel genutzt werden kann.²⁹

42

Wichtig ist, dass solche Steuern nicht nur auf den Konsum zielen. Denn je reicher eine Person ist, desto größer ist der Anteil an ihren Emissionen, der nicht aus dem Konsum, sondern aus *Investitionen* stammt. Das trifft auch in Deutschland zu: Zwar ist der Konsum durch größere Wohnungen, häufigeres Reisen und mehr Einkäufe bei höheren Einkommen größer. Den Großteil der Emissionen macht beim reicheren Teil der Bevölkerung aber der Bereich der Investitionen aus: Anlagen in Immobilien, Aktien oder Fonds. Beim reichsten Zehntel der Bevölkerung in Deutschland geht schon mehr als die Hälfte der Emissionen auf Investitionen zurück, bei den reichsten 800 Menschen sind es geschätzt mehr als 97 Prozent.³⁰ Will man tatsächlich den Teil erreichen, der für die meisten Emissionen verantwortlich ist, helfen Instrumente, die nur auf den privaten Verbrauch zielen, also nicht. Dementsprechend argumentiert der Gerechtigkeitsforscher Chancel, dass CO₂-Steuern vor allem auf Investitionen erhoben werden sollten, da Be-

28 Chancel, Lucas/Piketty, Thomas: Carbon and inequality: from Kyoto to Paris, Paris School of Economics, Paris 2015, unter: <http://piketty.pse.ens.fr/files/ChancelPiketty2015.pdf>. **29** Chapman, Alex/Murray, Leo/Carpenter, Griffin/Heisse, Christiane/Prieg, Lydia: A Frequent Flyer Levy. New Economics Foundation, London 2021, unter: <https://neweconomics.org/2021/07/a-frequent-flyer-levy>; Am Boden Bleiben: Forderungen, unter: www.ambodenbleiben.de/wer-wir-sind/forderungen. **30** Sander, Lalon: Zu viel Knete killt das Klima, in: taz, 25.3.2023, unter: <https://taz.de/Ungleiche-Emissionen-in-Deutschland/!5922585>.

sitzende viel mehr Möglichkeiten haben, ihr Vermögen zu investieren als Verbraucher*innen in ihrem täglichen Konsum.³¹

Insbesondere wenn eine CO₂-Steuer Finanzanlagen trifft, würde das zugleich dem Klima helfen: Denn der Druck der Finanzmärkte, hohe Renditen zu erwirtschaften, ist ein Treiber von Ausbeutung, Umweltzerstörung und Klimakrise und macht eine Reduzierung und Abkehr von stetig steigendem Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch unmöglich.

Ein weiteres (klassisches) Instrument ist das *Verbot*. Eine Gesellschaft kann sich darauf einigen, was sie nicht will, und es schlichtweg verbieten: Gift im Kinderspielzeug, krebserregende Stoffe im Essen, den freien Verkauf von Schusswaffen. Wir sind umgeben von Verboten, und über viele lässt sich streiten. Dennoch ist ein Verbot oft gerechter als Preissignale, da es für alle gilt und sich auch Reiche nicht davon freikaufen können. Statt Flüge mit jedem Flug teurer zu machen, ließe sich auch einfach ein Kontingent festlegen: Jede Person darf einmal im Jahr zu einem beliebigen Ziel fliegen. Statt den Benzinpreis und die Parkgebühren zu erhöhen und zu hoffen, dass Leute dann auf ihren SUV verzichten, könnte man Autos mit Übergröße oder mit einem zu hohen Verbrauch in der Stadt verbieten. Dies gilt mehr noch im Bereich der Wirtschaft: Statt auf die Effekte eines komplizierten Handels mit Emissionsrechten zu warten, könnten bestimmte Grenzwerte einfach gesetzt werden, die Unternehmen, unterstützt durch entsprechende Programme, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt einhalten müssen.

43

Schließlich braucht es weitreichende Maßnahmen, um die *Infrastruktur* umzustellen und *Wirtschaftskreisläufe umzuorganisieren* und damit erst die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Bürger*innen und Unternehmen anders handeln können. Dies könnte durch staatliche Programme geschehen oder dadurch, dass andere gesellschaftliche Akteure – Unternehmen, Kommunen, Genossenschaften oder zivilgesellschaftliche Organisationen – dabei unterstützt werden. Diese Maßnahmen müssten, wenn die Kosten nicht auf die Verbraucher*innen abgewälzt werden sollen, teilweise auch über Schulden finanziert werden. Sie sind eine Investition in die Zukunft, die nicht durch falsch ver-

³¹ Vgl. Chancel, Lucas: Global carbon inequality over 1990–2019, in: Nature Sustainability 11/2022, S. 931–938.

standene Schuldenregeln verhindert werden sollte. Möglich wäre, dass Deutschland hierfür grüne Anleihen ausgibt – oder dass dies direkt auf europäischer Ebene geschieht. Die Initiative Green New Deal for Europe etwa hat vorgeschlagen, dass die Europäische Investitionsbank im Rahmen eines groß angelegten Programms grüne Anleihen ausgibt, mit denen der Umbau der EU auf solidarische und gerechte Weise finanziert werden kann.

Schließlich gilt es, auch die rechtlichen und praktischen Bedingungen für eine gerechtere Klimapolitik zu schaffen. Gut ausgebaute *Sozialsysteme* können Emissionen verhindern: Wer sicher wohnt und weiß, dass er oder sie im Krankheitsfall, bei Unfällen oder im Alter abgesichert ist, muss nicht privat vorsorgen und durch Investitionen in Aktien oder Immobilien die Klimakrise weiter anheizen. Auch *Eigentumsverhältnisse* spielen hier eine zentrale Rolle. Eine große Mehrheit der Menschen in Deutschland ist der Meinung, dass wichtige Infrastruktur, wie die Versorgung mit Wasser und Strom oder der Nah- und Fernverkehr, in staatliche Hand gehören. Auch im Bereich Wohnen gilt dies – und hier wird die Bedeutung von Eigentumsverhältnissen besonders deutlich. Dicht bebaute Wohnblocks in der Stadt zu dämmen und zu sanieren – ohne dass die Kosten auf die Mieter*innen umgelegt werden – ist fast eine Unmöglichkeit, wenn jede Wohnung jemand anderem gehört. Eine Vergesellschaftung würde in vielen Bereichen nicht nur die Umsetzung einer sozial gerechten Klimapolitik leichter machen – sie ist häufig eine Voraussetzung dafür, Klimaschutzmaßnahmen umsetzen zu können.

44

Was also müsste für eine gerechte Klimapolitik gelten?

Kurz zusammengefasst:

- 1. Handeln ist wichtiger als (noch mehr) Wissen.** Denn wir wissen bereits, dass wir etwas tun müssen – und eine große Mehrheit der Menschen weiß das. Statt weiter um Details in der Klimaforschung zu streiten oder zu versuchen, noch die letzten Zweifler*innen von der Existenz des Klimawandels zu überzeugen, sollten Zeit und Ressourcen lieber genutzt werden, um überzeugende Vorschläge für eine gerechte Klimaschutz- und Klimaanpassungspolitik zu entwickeln und umzusetzen.
- 2. Keine Panikmache, sondern sachliche Kommunikation.** Klimawandel ist nicht das einzige Problem. Wie gut Menschen in Zukunft leben können, wird neben den klimatischen Bedingungen und ihren Auswirkungen auf Mensch und Natur maßgeblich davon abhängen, wie die Gesellschaft organisiert ist, in der wir leben werden.
- 3. Entscheidend ist nicht nur, ob auf den Klimawandel reagiert wird, sondern wie.** Klimapolitik, die sozial ungerecht ist oder den Klimawandel verschiebt, um Kürzungen oder Preissteigerungen ohne wirkliche Klimaschutzwirkung durchzudrücken, ist keine Klimapolitik und schadet mehr als sie nützt. Das Motto «Hauptsache, es passiert etwas» ist falsch.
- 4. Deutschland kann, zusammen mit Europa, Vorreiter sein.** Gerade ist es das aber nicht. Dabei könnte die gemeinschaftliche Entwicklung einer Vision, wie mit der Herausforderung des Klimawandels umgegangen werden könnte, eine große Chance sein, nicht zuletzt, weil sie (Planungs-)Sicherheit geben kann. Denn Deutschland ist in diesem Feld eigentlich bereits gut aufgestellt.
- 5. Forschung und Technologieentwicklung sind grundsätzlich sinnvoll.** Aber weiter nach der einen Technologie zu suchen, die das ganze Problem von selbst löst, hilft nicht. Denn die technischen Möglichkeiten liegen überwiegend bereits vor. Was fehlt, sind politische und soziale Lösungen, um sie in der Breite einzusetzen.

6. **Märkte sind keine Lösung.** Die existierenden Emissionshandels-systeme sind zu kompliziert, reduzieren kaum Emissionen und sind ungerecht.
7. **Klimaschutz ist keine Lifestylefrage.** Sondern etwas, das uns alle angeht. Statt auf individuelle Entscheidungen zu setzen, sollte Klimaschutz als gesellschaftliche Aufgabe verstanden werden und statt beim Konsum bei der Produktion ansetzen.
8. Eine groß angelegte Erneuerung sowie der Aus- und Umbau der **öffentlichen Infrastruktur** sind sowohl aus Klimaschutz- als auch aus sozialen Gründen nötig. Das schafft die Rahmenbedingungen dafür, Emissionen zu reduzieren.
9. **Öffentlicher Luxus senkt Emissionen.** Wer auch auf dem Land regelmäßig Bahnanschluss hat, braucht kein Auto. Und wer gute öffentliche Freibäder hat, benötigt keinen Pool. Für die dafür erforderlichen Investitionen muss die Schuldenbremse abgeschafft und neue Finanzierungsmöglichkeiten müssen auf nationaler und europäischer Ebene geschaffen werden.
10. **Klimaschutz muss sozial gerecht sein.** Steuern auf CO₂ treffen die Ärmern ungleich stärker. Stattdessen gilt es, Instrumente einzusetzen und neue zu entwickeln, bei denen die Kosten vor allem jene tragen, die den Klimawandel maßgeblich verursachen: etwa Klimaabgaben für Reiche, Vielfliegerabgaben oder progressive Steuern mit einem Freibetrag für den Grundbedarf an Energie und hohen Preisen für höheren Verbrauch.
11. **Maßnahmen, die Ungleichheit verringern, helfen auch dem Klima.** Das gilt zum Beispiel für die Einführung einer Vermögensteuer, sofern die Einnahmen für den Ausbau einer klimafreundlichen öffentlichen Infrastruktur genutzt werden.
12. **Die Eigentumsfrage stellen.** In vielen Bereichen ist Klimaschutz nur mit einer veränderten Eigentumsstruktur möglich. Das heißt: öffentliche Daseinsvorsorge und Bereiche, die für den Klimaschutz wichtig sind, wie zum Beispiel das Wohnen, vergesellschaften und gemeinnützig ausrichten.

- 13. Die Menschen mitnehmen.** Klimaschutz braucht Expertise, auch bei der Umsetzung vor Ort. Die Möglichkeit, mitzugestalten und sich einzubringen, ist unverzichtbar für eine erfolgreiche Klimapolitik – und für eine stabile Demokratie.
- 14. Klimaschutz muss international gerecht sein.** Nur so kann erreicht werden, dass Länder weltweit sich beteiligen und gemeinsam etwas gegen die globale Erwärmung unternehmen. Reiche Länder wie Deutschland haben am meisten zur globalen Erwärmung beigetragen. Sie müssen ihrer Verantwortung gerecht werden: indem sie größere Anstrengungen unternehmen, um die Emissionen zu senken, indem sie denjenigen Hilfe zukommen lassen, die am meisten von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, und indem sie Menschen und Institutionen in ärmeren Ländern bei der Anpassung und beim Klimaschutz helfen – finanziell, technologisch, aber vor allem mit ihren eigenen Erfahrungen.

Impressum

luxemburg argumente Nr. 23

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Albert Scharenberg

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2193-5831 · Redaktionsschluss: April 2024

Autorin: Juliane Schumacher

Illustrationen: Marie Geißler

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden.

AKTUELLE VERÖFFENTLICHUNGEN



Christian Sälzer

JENSEITS DES KRIEGES **Mythen und Fakten** **zu Krieg und Frieden**

luxemburg argumente Nr. 22

März 2024

40 Seiten

ISSN 2193-5831

Download und Bestellung unter:

www.rosalux.de/publikation/id/51788



Stephan Kaufmann

GELD ALLEIN MACHT **NICHT GLÜCKLICH!** **Mythen und Irrtümer** **zum Reichtum**

luxemburg argumente Nr. 21

Dezember 2023

36 Seiten

ISSN 2193-5831

Download und Bestellung unter:

www.rosalux.de/publikation/id/51425

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

